junge Welt
DIE TAGESZEITUNG

Stadtentwicklung

jW Spezial

Mittwoch,
17. Dezember 2014, Nr. 292

Nicht TÜV-tauglich – Schwerpunkt Mietpreisbremse: Was Ausnahmen und die Befindlichkeiten der Länder bewirken ■ Seite 2 **Nicht im luftleeren Raum –** Lassen sich Hausbesetzer durch Legalisierungsangebote in die neoliberale Stadt integrieren? ■ Seite 4 **Nicht zahlungskräftig –** Zwangsräumungen sind teuer, lohnen sich aber für Eigentümer wegen hoher Neuvermietungspreise ■ Seite 6 **Nicht zeitgemäß –** Ausbau der Berliner Stadtautobahn A100: Senat fördert Individualverkehr ■ Seite 8

CHRISTIAN-DITSCH.DE

Die Mieterinitiative »Kotti & Co.« hat in Berlin-Kreuzberg am Kottbusser Tor zum Protest gegen die Mietexplosion nicht nur die »üblichen Verdächtigen« auf die Straße gebracht (hier eine Demonstration im August 2012)

Lebensraum als Ware

Wem gehört die Stadt? Was bewirken die Ausnahmen bei der Mietpreisbremse? Lassen sich Hausbesetzer durch Legalisierung in Nischen verbannen? Eine Bestandsaufnahme. **Von Claudia Wangerin**

Lebensraum oder Spekulationsobjekt, das ist hier die Frage: Seit Jahren wird über das »Recht auf Stadt« gesprochen. Mit dem geplanten Gesetz für eine Mietpreisbremse hat Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) auf einen offensichtlichen Missstand reagiert, beseitigt wird er dadurch aber wohl nicht. Knapp ein Viertel des Einkommens geht für die Miete drauf – das ist laut *Handelsblatt* Durchschnitt in München (23,7 Prozent) und Berlin (22,9 Prozent). Für Haushalte der unteren Einkommensgruppen wäre das noch vergleichsweise komfortabel, doch sie müssen meist einen viel höheren Anteil dafür verwenden. Vor allem Alleinlebende, denn kleinere Mietwohnungen sind im Verhältnis wesentlich teurer. Nach Angaben des Portals wohnungsboerse.net wurden 30-Quadratmeter-Appartements in München Ende 2014 im Durchschnitt zu einem Quadratmeterpreis von 20,73 Euro angeboten. Bei Wohnungen in der Größe von 100 Quadratmetern waren es 14,22 Euro. Für viele Berlinerinnen und Berliner wäre das unbezahlbar. In der Bundeshauptstadt liegen die Mietpreise noch deutlich unter dem Niveau der Bayernmetropole – weil dies aber auch auf Löhne und Gehälter zutrifft, frisst die Miete hier fast denselben Anteil. Im Mittelwert knapp ein Viertel, bei niedrigen Einkommen wesentlich mehr. Im Durchschnitt war der Teich nur 50 Zentimeter tief, und trotzdem ist die Kuh ertrunken, sagt dazu ein Sprichwort vom Lande.

Die Mietpreisbremse sollte in Ballungsgebieten die Verdrängung von ärmeren Mietern verhindern. Die versprochene Bremswirkung muss aber bei allen bisher geplanten Ausnahmen ernsthaft angezweifelt werden. Die Oppositionspolitikerin Caren Lay (Die Linke) gehört zu den schärfsten Kritikerinnen und Kritiker des Gesetzentwurfs (Gastbeitrag Seite 2). Unklar ist aber auch, wo das stumpfe Instrument überhaupt zum Einsatz kommt – denn der Bund überlässt es den Landesregierungen, in welchen Ballungsgebieten die Grenze von zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete gelten soll. Der Deutsche Mieterbund befürchtet hier nicht nur von der bayerischen CSU-Staatsregierung einen Widerwillen zur Umsetzung, sondern verweist auch auf unschöne Erfahrungen aus dem »grün-rot« regierten Baden-Württemberg.

Vielleicht bräuchte es bundesweit mehr Druck von der Straße. Doch Mieterinnen und Mieter seien als heterogene Gruppe schwer zu mobilisieren, sagt der Direktor des Deutschen Mieterbunds, Lukas Siebenkotten (Interview Seite 3). Ob Haus- und Bauwagenplatzbesetzer tatsächlich radikaler sind oder nach einer erkämpften Legalisierung auch gern in ihren Nischen bleiben, hat der Politikwissenschaftler Armin Kuhn untersucht. (Buchbesprechung und Interview Seiten 4 und 5). Hier stellt sich auch die Frage, warum linke Initiativen gegen Mietsteigerungen und die Verdrängung ärmerer Schichten aus der Innenstadt nur einen Bruchteil der Betroffenen erreichen. Vielleicht sprechen sie zu selbstverständlich von »Gentrifizierung«, womit nur ein Teil der Zielgruppe etwas anfangen kann. Wie weit der so umschriebene Verdrängungsprozess in der teuersten deutschen Großstadt fortgeschritten ist, beschreibt der Münchner *jW*-Autor Reinhard Jellen (Seite 7).

Doch der städtische Lebensraum wird nicht nur von Mietspekulanten und den Anreizen für die Ansiedlung von Unternehmen maßgeblich geprägt, sondern auch von teils rückständigen Verkehrskonzepten. Sie wirken wie ein Liebesgruß an die Automobilindustrie, verschlechtern die Lebensqualität in der Stadt aber erheblich. Der Berliner Senat scheint in der Zeit steckengeblieben zu sein, als der Anstieg des Individualverkehrs noch als Fortschritt galt – anders ist der Ausbau der Stadtautobahn A100 auf den ersten Blick jedenfalls nicht zu erklären (Seite 8). Zahlreiche Berlinerinnen und Berliner verlieren dadurch ihr gewachsenes Wohnumfeld.

Jetzt schon gescheitert

Eher Ausnahme als Regel: Mietpreisbremse bei Anhörung im Bundestag von Experten zerpflückt. Lob kam von der Immobilienlobby. **Ein Gastbeitrag von Caren Lay**

Caren Lay ist stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende der Partei Die Linke

In wenigen Monaten kommt die Mietpreisbremse. Können Mieterinnen und Mieter jetzt aufatmen? Wer aktuell überlegt, seine Wohnung zu wechseln, da diese einfach zu teuer geworden ist, wird sich sicher freuen. Es soll also ein Gesetz geben, mit dem die Mietpreisexplosion gestoppt werden kann. Die Freude könnte aber zu früh kommen, ein böses Erwachen ist wahrscheinlicher. Denn seinem Namen wird das Gesetz nicht gerecht. Das kritisiert Die Linke im Bundestag schon lange. Auch viele Experten für Wohnungspolitik sehen es so.

In der Expertenanhörung im Bundestag Anfang Dezember wurde das Gesetz regelrecht zerpflückt. Als besonderes Problem haben sich nach Meinung der geladenen Gäste die zahlreichen Ausnahmen herausgestellt. Carola Handwerg vom Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV), eingeladen von der Linken, betonte, dass gerade Hartz-IV-Betroffene sowie Wohngeldempfängerinnen und -empfänger gar nichts von der Mietpreisbremse haben werden. Die jetzige Fassung soll nämlich nur in einigen Gebieten gelten, die als »besonders angespannt« anerkannt werden. Bei Wiedervermietungen soll der Preis bei zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden. Niemand, der auf Arbeitslosengeld II angewiesen ist, wird in so eine Wohnung einziehen können. Mieten in diesem Bereich werden als Kosten für die Unterkunft schlicht nicht erstattet. Selbst für Normalverdienerinnen und -verdiener ist das oft noch zu viel. Denn trotz Bremse sind Preisexplosionen immer noch möglich, sofern der Mietspiegel nicht reformiert wird und weiterhin nur Neuvermietungen abbildet.

Wo es überhaupt eine Mietpreisbremse geben wird, ist noch völlig unklar. Denn zunächst entscheiden die Länder, ob sie es für nötig halten, sie einzuführen. Landesregierungen, denen das Wohl der Immobilienbranche mehr am Herzen liegt als das der Mieterinnen und Mieter, müssen sie gar nicht erst umsetzen.

Und selbst wo sie eingeführt wird, sind immer noch die allermeisten Mietwohnungen in Deutschland ausgenommen. Weder Bestandsmieterinnen und -mieter haben etwas von dem Gesetz noch die mit einem Staffelmietvertrag. Auch leer ausgehen werden Mieterinnen und Mieter, die einen Neubau beziehen. Hier hat sich die CDU/CSU-Fraktion gemeinsam mit der Immobilienlobby durchgesetzt. Dafür gab es umgehend Lob von deren Vertretern in der Anhörung. Der RAV hingegen erklärte, dass damit zu große Teile des Wohnungsmarktes ausgenommen werden.

CHRISTIAN-DITSCH.DE

Nur eine »angemessene Miete« wird erstattet: Berliner Aktivisten diskutieren auf der Straße über die Auswirkungen der Hartz-IV-Gesetze

Die Befürchtungen, dass die Mietpreisbremse den Neubau hemmen könnte, ist nicht nur angesichts des aktuellen Baubooms absurd und ein Scheinargument. Wer in Berlin-Mitte und anderen Innenstadtlagen vor die Tür geht, findet genug im Bau befindliche Townhouses und Luxuslofts. Auch die massenhafte Umwandlung von Miet- in Eigentums- oder Ferienwohnungen in vielen Städten spricht eine deutliche Sprache. Das Problem ist also weniger, dass nicht gebaut wird, sondern dass es an Wohnraum für Normal- und Geringverdiener fehlt. Dieses Problem sprach auch der Deutsche Mieterbund in der Anhörung an.

Dabei spielt der Bund eine besonders unrühmliche Rolle. Denn aus dem sozialen Wohnungsbau zieht er sich völlig zurück. Zwischen 2002 und 2012 sind 900.000 Wohnungen aus dem geförderten Bestand gefallen. Insgesamt hat der Bund in den vergangenen Jahren 352.000 Wohnungen privatisiert. 1994 waren noch fast 400.000 Wohnungen in Bundesbesitz, 20 Jahre später sind es gerade noch 46.000. Das geht aus einer kleinen Anfrage meiner Fraktion hervor. Oft wurde das Tafelsilber an große Immobilieninvestoren verhökert, was sich jetzt in Form hoher Mieten rächt. Der Bund trägt eine unmittelbare Mitschuld. Das wird die Mietpreisbremse in der geplanten Form nicht kompensieren können.

Es ist klar, dass wir es hier viel mehr mit einem Bremschen und nicht mit einem starken Instrument gegen die Mietenexplosion zu tun haben. Denn unterm Strich wird nach Berechnung des Mieterbundes das Gesetz nur für zwei Prozent aller Mieterinnen und Mieter gelten. Wenn wirklich etwas gegen Verdrängung und Gentrifizierung in den Städten getan werden soll, muss es eine Mietpreisbremse geben, die ihren Namen verdient. Sie muss flächendeckend eingeführt werden und darf Mieterhöhungen bei Erst- und Wiedervermietung nur im Rahmen des Inflationsausgleichs zulassen. Erhöhungen nur aufgrund von Neuvermietung sind grundsätzlich abzulehnen.

Zudem brauchen wir einen Neustart im sozialen Wohnungsbau. Der Rückzug des Staates und die Privatisierungspolitik hat sich wieder einmal als fatal für Kunden, also hier die Mieterinnen und Mieter, herausgestellt. Hier muss dringend wieder investiert werden. Nur so wird man die großen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt in den nächsten Jahren schaffen. Von dieser Bundesregierung ist das aber nicht zu erwarten.

ANZEIGEN

www.marxistische-blaetter.de

Der Staat

Rolle – Funktion – Charakter

Marx/Engels-Anthologie zur Natur des Staates Hermann Klenner ★**Staatstheoretische Probleme im Werk W.I. Lenins** Jupp Schleifstein★**Der Staats- und Rechtsbegriff bei Paschukanis** A. Kerkemeyer und A. Fisahn★**Der Staat als gesellschaftliches Verhältnis – Einführendes zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas** Daniel Bratanovic★**Integration und Klassenkampf – Zur Ambivalenz defensiver Demokratisierung** David Salomon★**Zu Schellemanns Zyklus „Staat und Revolution“** Richard Hiepe

Einzelpreis 9,50 €
Jahresabo 48,00 €
ermäßigtes Abo 32,00 €

Weitere Themen u. a.:

John Pilger, Von Pol Pot zum „Islamischen Staat“ | Hannes Hofbauer, Über Hintergründe und Ablauf der Ukraine-Krise | Frieda Park, Der Kapitalismus ist sicher in den Händen der Schottischen Nationalpartei | Ingar Solty, „Brot, Kuchen und Bäckerei“ – Kai Degenhardt zum 50. Geburtstag | Anne Rieger, Mobbing am Arbeitsplatz | Kai Köhler, Literarische Propaganda im Jahr 1914 | Phillip Becher, Die „Bewegung der bewaffneten Reaktion“ – Faschismusdeutung der italienischen Kommunisten | Georg Fülberth, Welches Kapital?

Neue Impulse Verlag

Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel.: 0201-23 67 57

Die Wohnungsfrage ist eine Klassenfrage

Miethaie, die Bremse Mietpreis und der Drache Grundrente

Zur Wohnungsproblematik heute

Eingreifen und verändern – Mieten begrenzen

Broschüre DIN-A5, 64 Seiten
5,- € (inkl. Porto und MWSt)

uz unsere zeit DOKUMENTATIONEN

CommPress Verlag GmbH . Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen . www.dkp.de
E-Mail: info@unsere-zeit.de . Tel 0201 17788923 . Fax 0201 17788928

»Es bleibt der Willkür überlassen«

Stumpfes Instrument: Die Länder bestimmen, wo die Mietpreisbremse gilt, Neubauten ausgenommen. Zuviel gezahltes Geld wird bei »qualifizierter Rüge« nicht rückwirkend erstattet. **Ein Gespräch mit Lukas Siebenkotten**

CHRISTIAN-DITSCH.DE

Der Mieterbund begrüßt die Mietpreisbremse, hält aber Nachbesserungen für nötig. Welche Tücken hat der Gesetzentwurf?

Wir sind zunächst froh, dass es überhaupt eine Mietpreisbremse geben soll, die wir lange Zeit gefordert hatten. Eine ganze Reihe von Regelungen missfallen uns aber. Sie führen dazu, dass diese Bremse, die unangemessenen Mietsteigerungen verhindern soll, deutlich weniger zieht, als wir es uns gewünscht hätten. Erstens: Der Neubau ist davon völlig ausgeschlossen; selbst dann, wenn nicht das erste Mal jemand dort eingezogen ist, sondern bereits ein zweiter Mieter gefolgt ist. Das gilt für alle Neubauten, die nach dem 1. Oktober 2014 fertiggestellt sind – auch nach einer Wiedervermietung. Davon halten wir wenig. Ein zweites Problem: Ausgenommen werden auch Gebäude nach umfassender energetischer Modernisierung. Das regelt der Sonderparagraph 559 im Bürgerlichen Gesetzbuch: Der Eigentümer kann in diesem Fall die jährliche Miete um elf Prozent der für die Wohnung aufgewendeten Kosten erhöhen. Fragt sich aber: Was beinhaltet eine solche Modernisierung grundsätzlich?

Was uns aber vor allem stört: Ein Mieter bekommt nur dann zuviel gezahlte Miete – also den Anteil einer Erhöhung, der die Zehn-Prozent-Grenze der Mietpreisbremse übersteigt – zurück, wenn er eine sogenannte qualifizierte Rüge erhoben hat, und auch das erst ab diesem Zeitpunkt. Merkt jemand nach anderthalb Jahren, dass etwas nicht stimmte, und rügt, bekommt er rückwirkend nichts erstattet. Das halten wir für völlig absurd: Der Vermieter hat zu Unrecht Geld einbehalten, muss aber nichts zurückzahlen.

Wer ist für diese Mängel verantwortlich?

Von Anfang an hatte die große Koalition aus CDU/CSU und SPD im Bund vor, Neubauten von der Regelung auszuschließen. Zurückzuführen ist das eindeutig auf die Unionsparteien. Sie haben den Druck aus der Immobilienindustrie weitergegeben.

Laut Gesetzentwurf dürfen Hauseigentümer nach einem Mieterwechsel nur noch die ortsübliche Vergleichsmiete plus zehn Prozent fordern. Lag die Miete schon vorher über dieser Grenze, gilt Bestandsschutz. Wird bei all den Ausnahmen der Mietspiegel nicht in die Höhe gezogen?

Es wird eine leichte dämpfende Wirkung geben, sie wird aber geringer sein, als es Zweck der Übung war. Noch zwei weitere Einschränkungen machen diese Mietpreisbremse nahezu wirkungslos. Die Regelung ist ein Bürokratiemonster. Die Landesregierungen müssen nämlich erst einmal die Gebiete bestimmen, in denen aus ihrer Sicht besondere Wohnraumknappheit wirkt und die Mietpreisbremse überhaupt greifen soll. Wir hatten gefordert, sie flächendeckend in ganz Deutschland einzuführen. Denn in Gebieten, wo keine Wohnungsnot herrscht, also die Nachfrage nach Wohnraum nicht größer ist als das Angebot, regelt es sowieso der Markt. Überhöhte Preise von mehr als zehn Prozent über der im Mietspiegel angegebenen Vergleichsmiete wären dort nicht durchsetzbar. Insofern stört dort sowieso keine Mietpreisbremse, sondern ein Vermieter wird Wohnungen zu überhöhten Preisen gar nicht los. Wenn die Landesregierungen aber zwischengeschaltet sind, ist der Aufwand unsinnig groß. Hinzu kommt: Ein Bundesland hat Lust dazu, das andere nicht. Es bleibt der Willkür überlassen.

Kann zum Beispiel die bayerische CSU-Landesregierung sagen: München ist zwar ein Ballungsgebiet und hat hohe Mieten, aber wir ziehen da nicht mit?

Bayern ist nicht immer das Negativbeispiel. Erstaunlicherweise haben sich »rot-grün«-regierte Länder schon schwerer damit getan, im Sinne der Mieter zu handeln. Das noch unter der »schwarz-gelben« Bundesregierung geregelte Gesetz besagte: Während eines noch laufenden Mietvertrags durfte nicht um mehr als 20 Prozent in drei Jahren erhöht werden; jedoch in Ballungsräumen, die die Länder festlegen, nur um 15 Prozent. Da hatte Bayern sehr schnell reagiert: In 89 Gemeinden und Städten darf die Regelung angewendet werden. Baden-Württemberg hat dies bis heute nicht geregelt – dort regieren seit 2011 Grüne und SPD.

Könnte sich mit dieser Regelung die Republik spalten – in Bundesländer, wo sich fast nur Reiche ansiedeln, und andere, in denen Mieten für Ärmere noch erschwinglich sind?

Diese Gefahr sehe ich nicht in den fünf Jahren, in denen diese Mietpreisbremse gelten soll. Dazu ist der Zeitraum zu kurz. Allerdings ist sehr wohl möglich, dass die Bremse in Nordrhein-Westfalen gilt – und in Baden-Württemberg nicht; obwohl es in beiden Bundesländern Gebiete gibt, in denen Wohnungsnot herrscht. Ich bezweifle aber, dass allein dies zu Umzugsbewegungen führen könnte. Wir kritisieren insgesamt die Kürze des Zeitraums, in dem die Regelung gelten soll.

Kritiker wie die Linken-Fraktionsvize Caren Lay bezeichnen die Bremse mit den zahlreichen Einschränkungen als völlig untauglich; ein Auto mit solchen Bremsen würde nicht durch den TÜV kommen. Wie sehen Sie das?

Von der Tendenz her hat sie recht. Zwar hat es immer noch eine Wirkung, aber nicht so, als wäre das Gesetz nach unseren Vorschlägen durchgesetzt worden. Im nachhinein hat die Immobilienindustrie aus ihrer Sicht Verbesserungen zugesichert bekommen – aus unserer sind es falsche Einschränkungen. Inzwischen ist es Mode geworden, dass jeder, dem ein Gesetzentwurf nicht gefällt, behauptet, der sei verfassungswidrig. Seit vielen Jahren gilt die örtliche Vergleichsmiete als Maßstab. Weshalb soll das jetzt plötzlich verfassungswidrig sein? Die angedrohten Klagen der Immobilienindustrie nehme ich nicht besonders ernst. Positiv gesehen: Ohne unseren Einfluss wäre die Mietpreisbremse gar nicht auf die Tagesordnung gekommen.

Wie will der Mieterbund Druck machen, damit die Mietpreisbremse ein wirksames Instrument für Ballungsgebiete wird – und nicht nur ein Gummiparagraph nach dem Gusto der jeweiligen Landesregierung?

Wir haben im Rechtsausschuss des Bundestags darauf aufmerksam gemacht, dass dieses Instrument scharf sein muss, um überhaupt zu wirken. Zeitweise haben wir große Demonstrationen organisiert. Vergangenes Jahr konnte der Stuttgarter Mieterbund immerhin noch 2.000 Menschen auf die Straße bringen. Mieter sind aber eine heterogene Truppe mit sehr unterschiedlichen Interessen. Insofern ist es nicht einfach, sie zu mobilisieren. Wir konnten mit der Mietpreisbremse trotz allem etwas erreichen. Ein großer Mangel ist aber, dass die Umsetzung so lange dauert. Die zweite und die dritte Lesung im Bundestag finden im Januar statt, dann erst werden sich die Landesregierungen damit beschäftigen. Es wird sich also noch hinziehen.

Interview: Gitta Düperthal

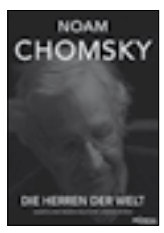
Lukas Siebenkotten ist Direktor des Deutschen Mieterbundes e.V., dem 320 örtliche Mietervereine angehören

Gitta Düperthal ist freie Journalistin, lebt in Franfurt am Main und berichtet in *junge Welt* regelmäßig über soziale Bewegungen und Flüchtlingspolitik.

Foto: Ein Aktionstag unter dem Motto »Keine Profite mit der Miete« fand am 28. September 2013 in zwölf deutschen Städten statt. Insgesamt beteiligten sich rund 10.000 Menschen (hier Aktivisten aus Berlin)

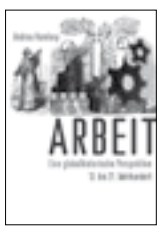
ANZEIGEN

PROMEDIA
www.mediashop.at
BEST OF 2014



Noam Chomsky
Die Herren der Welt
Essays und Reden aus fünf Jahrzehnten
ISBN 978-3-85371-367-9, br.,
208 Seiten, 17,90 €

Andrea Komlosy
Arbeit
Eine globalhistorische Perspektive.
13. bis 21. Jahrhundert
ISBN 978-3-85371-369-3, br.,
208 Seiten, 17,90 €



Felix Wemheuer (Hg.)
Linke und Gewalt
Pazifismus, Tyrannenmord, Befreiungskampf
ISBN 978-3-85371-370-9, br.,
176 Seiten, 12,90 €

Erhältlich in jeder Buchhandlung oder auf **www.mediashop.at**

Bevor alle Stricke reißen ...

BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT E.V.

Berlins engagierte und preisgünstige Mieterorganisation bietet

- Persönliche Mietrechtsberatung durch spezialisierte Juristinnen und Juristen
- Beratungsstellen in fast allen Bezirken
- Telefonische Mietrechtsberatung
- Sozialberatung
- Rechtsschutz bei Mietprozessen
- Umfangreiches Informationsmaterial
- Unterstützung von Hausversammlungen

Möckernstraße 92
Ecke Yorckstraße
10963 Berlin
☎ 2 16 80 01

BERLINER MIETERGEMEINSCHAFT E.V. www.bmgev.de

Zwangsgeräumter Mieter der Ypsilon Hausverwaltung am 15. Juli 2013 in Berlin-Spandau

FOTO: CHRISTIAN-DITSCH.DE

»Kein Naturphänomen«

Die Verdrängung ärmerer Mieter aus der Innenstadt wird staatlich begünstigt. Soziale Bewegungen sollen deshalb nicht das Handtuch werfen. **Ein Gespräch mit Armin Kuhn**

Armin Kuhn ist promovierter Politikwissenschaftler, Autor und in verschiedenen stadtpolitischen Initiativen Berlins aktiv

Ihr Buch heißt »Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt«. Was macht Berlin zu einer solchen?

Zentrale Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge sind in privaten Händen oder werden nach privatwirtschaftlichen Maßstäben organisiert – von der Wohnungs- über die Wasser-, Energie- und Gesundheitsversorgung bis zum öffentlichen Nahverkehr –, in dem Glauben, Privatunternehmen könnten diese Aufgaben besser lösen als der Staat. Aus der Stadtentwicklungspolitik hat sich die Stadt als gestaltende Kraft weitgehend zurückgezogen und die Rolle einer Moderatorin privatwirtschaftlicher Interessen eingenommen. Anstatt für eine behutsame Stadterneuerung zu sorgen, wie sie in den 1980er Jahren erkämpft worden ist, dienen heutige Sanierungsgebiete vorwiegend der Förderung des Einzelhandels und zur Steigerung der Attraktivität des Wohnumfeldes, von der die Eigentümer und einkommensstarke Mieter profitieren. Einkommensarme genießen immer weniger gesellschaftliche Solidarität in Form von wohlfahrtsstaatlichen Leistungen und Teilhaberechten. In anderen Bereichen ist der Staat dafür umso präsenter, vor allem bei der Überwachung und Kontrolle »gefährlicher Orte«, der Aufrechterhaltung »öffentlicher Ordnung« und der Bekämpfung »rechtsfreier Räume«. Die Stadt positioniert und vermarktet sich als internationale Metropole und richtet ihre Politik danach aus, dass sie im Wettbewerb mit anderen Städten zum Beispiel um die Ansiedlung von Unternehmen aus der Medien- und Kreativbranche oder um die globalen Tourismusströme bestehen kann. Steigende Mieten und die Verdrängung armer Bevölkerungsgruppen besonders aus der Innenstadt sind kein Betriebsunfall, sondern unvermeidlicher Bestandteil dieser Art von Stadtentwicklungspolitik.

In Ihrem Buch sehen Sie die neoliberale Stadt in der Krise. Was macht diese Krise aus?

In einigen Bereichen sehen wir eine Abkehr vom neoliberalen Kurs, vereinzelt sogar eine Umkehr: Anteile an den Berliner Wasserbetrieben wurden zurückgekauft, ein Volksbegehren zur Kommunalisierung der Energieversorgung ist nur knapp gescheitert – und hinterlässt doch Spuren in der aktuellen Politik. Es wird wieder über kommunale Wohnungsbauförderung nachgedacht. Gentrifizierung (Verdrängung einkommensarmer Schichten durch »Aufwertung« von Wohngegenden, Anm. *jW*) oder die Folgen des wachsenden Tourismus für die lokale Bevölkerung sind vieldiskutierte politische Themen. Grund hierfür ist nicht nur die nachweisliche Ineffizienz privater Unternehmen in der kommunalen Daseinsvorsorge, sondern eine umfassendere Legitimationskrise neoliberaler Politik, zu der auch die internationale Finanzkrise seit 2008 beigetragen hat.

Welche Chancen und welche Risiken ergeben sich aktuell für stadtpolitische Bewegungen?

Schon seit den 1990er Jahren wird die beschriebene Stadtpolitik in Berlin immer wieder von Protestbewegungen begleitet. Die NOlympia-Kampagne hat sogar verhindert, dass eine Olympiabewerbung diesen Kurs mit städtebaulichen Großprojekten noch deutlich beschleunigt hätte. Doch erst ab Ende der 2000er Jahre, als steigende Mieten und das zunehmende Gefühl, das Recht auf Stadt schrittweise an andere Einkommens- und Konsumgruppen zu verlieren, auch jenseits linker Gruppen das Vertrauen in das neoliberale Wohlstandsversprechen erschüttert hatten, bekamen Initiativen wie »Mediaspree versenken« oder das Mietenstopp-Bündnis größeren Zulauf. Diese Chance haben die städtischen Bewegungen genutzt und ihren Anliegen öffentliches Gehör verschafft. Das Risiko, dass Bewegungsforderungen in Sonntagsreden vereinnahmt oder in zahnlosen Beteiligungsmechanismen zerrieben werden, ist so gut wie allen Beteiligten bekannt. Nur: Eine Antwort haben die städtischen Bewegungen noch nicht gefunden.

Ist die Verdrängung ärmerer Schichten aus den Innenbezirken nicht schon zu weit fortgeschritten, um sie aufhalten oder gar rückgängig machen zu können? Ist der »Kampf um die Berliner Innenstadt« nicht schon verloren?

Gentrifizierung entwickelt sicherlich eine Eigendynamik, und natürlich wäre es vorteilhafter gewesen, vor fünf Jahren darauf zu reagieren, nicht erst jetzt oder noch später. Es ist aber immer wieder wichtig zu betonen, dass Gentrifizierung kein Naturphänomen ist, sondern eine politisch gewollte und auf vielfache Weise staatlich angestoßene und begünstigte Form der Stadtentwicklung – die jederzeit gestoppt und geändert werden kann. Noch gibt es günstige Bestandsmieten, noch leben Einkommensarme in der Innenstadt, noch verfügt die Stadt über Sozialwohnungen. Es wäre zynisch, das Handtuch zu werfen. Aufgehen würde dann die Strategie der städtischen Institutionen, ihre Verantwortung auf ein vermeintlich anonymes gesellschaftliches Phänomen zu übertragen.

Was trägt ein »linker Freiraum« zur Stadtpolitik bei?

Linke Freiräume sind ein Erbe früherer städtischer sozialer Bewegungen. Es ging dabei ja nicht allein um materielle Interessen, die mit der späteren Legalisierung vieler in den 1980er und 1990er Jahren besetzter Häuser und Wagenplätze befriedigt wären. Auch der politische Ansatz, sich auf Grundlage subkultureller Zugehörigkeiten und Identitätsentwürfe einen städtischen Raum anzueignen, um dort alternative Gesellschaftsentwürfe zu erproben, geht auf die städtischen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre zurück. Heutige städtische Bewegungen wären ohne linke Freiräume schwer vorstellbar. Sie stellen die Infrastruktur – Treffpunkte, Veranstaltungsorte, Materiallager, aber auch Organisationswissen und politische Netzwerke –, auf die auch die ungleich vielfältigeren städtischen Initiativen von heute zurückgreifen. Doch gegenüber einer neoliberalen Stadtpolitik, wie sie trotz ihrer Krise fortgeführt wird, sind linke Freiräume zahnlos. Ihre Räume fügen sich genauso in die bunten, authentisch-urbanen und deshalb so begehrten Stadtteile ein, wie ihre Identitätsentwürfe Teil eines Mainstreams der Subkulturen geworden sind. Umgekehrt sind linke Bewegungsaktivistinnen und -aktivisten dort weitgehend unter sich und erreichen ihre Nachbarschaft kaum. Wenn linke Bewegungen die Krise der neoliberalen Stadt ausweiten und solidarische Alternativen der Stadtpolitik durchsetzen wollen, gilt es, aus den aktuellen Konflikten heraus neue Visionen des Städtischen und neue Organisationsformen zu entwickeln.

Interview: Benedict Ugarte Chacón

■ **Armin Kuhn: Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt. Besetzungsbewegungen in Berlin und Barcelona. Westfälisches Dampfboot, Münster 2014, 249 Seiten, 24,90 Euro**

ANZEIGEN

Proyecto Comunitario Conservación de Alimentos
★ Havanna – Kuba ★

Seit vor fast 20 Jahren unsere Solidaritätsarbeit mit Kuba anfing, unterstützen wir das Projekt zur Konservierung von Lebensmitteln. Vilda und Pepe haben ein national und international vielfach ausgezeichnetes und anerkanntes Lebenswerk aufgebaut.

Mit der Verbreitung von in Kuba wenig bekannten Methoden der Lebensmittelhaltbarmachung fing es an. Es folgte die Propagierung gesunder Ernährung. Derzeit planen sie die kostenlose Weitergabe eines Kochbuches mit Rezepten der Yucca-Pflanze in Afrika.

Diese Arbeit verdient unsere Unterstützung! Jeder Spender erhält kostenlos eine DVD „Der Geschmack der kubanischen Küche“ mit 144 Rezepten von Vilda und Pepe. (Dafür Namen und Anschrift unter Verwendungszweck auf dem Überweisungsträger angeben!)

José „Pepe“ Lama und Vilda Figueroa in ihrem Büro. Trotz zahlreicher Würdigungen sind sie bescheiden geblieben und arbeiten an neuen Aufgaben

Spenden: Partei DIE LINKE, LV Hamburg, AG Cuba Sí, Stichwort „Vilda“
IBAN: DE54 2005 0550 1213 1282 99 · Hamburger Sparkasse
Spendenbescheinigung auf Wunsch · **www.cuba-si-hamburg.de**

Cuba sí HAMBURG

Rheinblick
Zeitung der Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf

Ein Abo und immer gut informiert sein

Abo bestellen unter: info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

EPA/ANDREU DALMU

Besetzt, geräumt und halb zerstört, dann aber doch als »soziales Zentrum« legalisiert: Aktivisten vor einem Gebäude in Barcelona bei Aufräumarbeiten im Juni 2014

Wechselbeziehung

Hausbesetzer und neoliberale Stadtpolitik: Armin Kuhns Studie über »Verwandtschaftsverhältnisse« und Vereinnahmung in Berlin und Barcelona. **Von Benedict Ugarte Chacón**

Was verbindet Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer mit dem Neoliberalismus, der den städtischen Raum wie fast alles als Ware betrachtet? Dieser auf den ersten Blick provokanten Frage geht der Politikwissenschaftler Armin Kuhn in seiner unlängst veröffentlichten Studie »Vom Häuserkampf zur neoliberalen Stadt« nach. Auf den zweiten Blick erscheint die Frage durchaus angemessen, denn der Autor durchleuchtet mit größter Sorgfalt die »ungeklärten Verwandtschaftsverhältnisse« dieser Bewegung und der zeitweise tiefen Durchdringung der Gesellschaft mit neoliberalen Dogmen. Kuhn tut dies an den Beispielen der Besetzungsbewegungen in Berlin und Barcelona. Dabei zeichnet er nicht nur deren Geschichte seit den 1980er Jahren nach, sondern auch die Bedingungen, unter denen diese Bewegungen jeweils wuchsen. In Westberlin war dies eine Politik der »Kahlschlagsanierung« und eines verfehlten »Sozialen Wohnungsbaus«, die Mietshäuser zu Spekulationsobjekten machte und die damals schon angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter verschärfte. Die Berliner Politik antwortete auf die Besetzungsbewegung zum einen mit Repression, zum anderen aber auch mit der Einbindung durch Verhandlungen und Angebote an die Besetzer. Dies mündete schließlich in der »behutsamen Stadterneuerung«. Kuhn macht in seiner Schilderung deutlich, dass die stadtpolitischen Bewegungen in Berlin und Barcelona die neoliberale Stadtentwicklung maßgeblich beeinflusst haben. Die Bewegungen machten durch ihre Aktionen zunächst auf Missstände der damals noch »fordistischen« Stadtpolitik aufmerksam, die im Grundsatz an einer funktionalen Trennung von Wohnen und Arbeit ausgerichtet war. Besserverdienende zogen in großzügigere Wohnräume am Stadtrand, ärmere Schichten konnten sich dies nicht leisten und blieben in den innerstädtischen Bereichen. Veränderungen in der Arbeitswelt erschütterten diese Gewohnheit, die Bewegungen beschleunigten die Veränderung im öffentlichen Bewusstsein. Zugleich präsentierten sie konkrete Alternativen zu gängigen Lebens- und Wohnmodellen. Die Innenstadtbezirke wurden attraktiver.

So entstand eine gesellschaftliche Übergangssituation, in der, so Kuhn, »aufstrebende politische und technokratische Eliten aus dem Fundus des neoliberalen Diskurses Krisenlösungen anbieten« konnten. Die Stärke der Bewegungen bewirkte wiederum, dass die Eliten dabei auf deren Forderungen eingehen mussten. Für die Bewegungen hatte diese Einflussnahme durch Einbindung weitreichende Folgen: Der Prozess wirkte »professionalisierend, institutionalisierend, integrierend und befriedend auf bestimmte Bewegungsteile, führte zu vielfachen Konflikten und Spaltungen innerhalb der städtischen Bewegungen und drängte ihre radikalen Teile ins politische Abseits«, so ein Fazit des Autors. In seiner Untersuchung orientiert sich Kuhn an Antonio Gramscis Begriff von der Hegemonie – der Herrschaft, die nicht nur auf direktem Zwang basiert, sondern auch maßgeblich auf der Lufthoheit über das Denken, vermittelt zum Beispiel durch Schulen, andere Bildungseinrichtungen und Massenmedien. Ein hegemoniales Projekt muss laut Kuhn für einen »Diskurs der angemessenen und richtigen Krisenlösungen« sorgen können, der sowohl die Interessen der hinter dem Projekt stehenden Kräfte als auch die Bedürfnisse und Forderungen schlechtergestellter, »subalterner« Gruppen umfasst. Mit Blick auf Besetzungsbewegungen und Neoliberalismus stellt Kuhn klar, dass es falsch wäre, die Berührungspunkte »mit Gemeinsamkeiten gleichzusetzen«. Denn die »Kritik am Wohlfahrtsstaat, das Verständnis von Autonomie und Selbstbestimmung sowie die Organisations- und Lebensweise« der Hausbesetzer seien keinesfalls deckungsgleich mit dem neoliberaler Ideologie und Praxis gewesen. Erst durch die entstandene Wechselbeziehung, bei der die Forderungen der Bewegung zum Teil von den Herrschenden aufgenommen wurden, hätten sich die Berührungspunkte zu Gemeinsamkeiten entwickelt.

Benedict Ugarte Chacón ist Politikwissenschaftler und freier Journalist, unter anderem schreibt er regelmäßig für das *Berliner MieterEcho* und die *junge Welt*.

ANZEIGE

Freidenker = Aufklärung = Richtigstellung – Neuerscheinung

Neuerscheinung: Die Broschüre erscheint anläßlich der Rosa-Luxemburg-Konferenz am 10. Januar 2015

Überlegungen zur internationalen politischen Lage – und die Russische Föderation	Georg Starikovich, Botschaftsrat der Botschaft der Russischen Föderation in Deutschland
Entstehung und Urheber der Konflikte in der Ukraine	Wilfried Handwerk, Berlin/Kiew, Mitglied des DFV – LV Berlin
NATO und EU: Östliche Partnerschaft oder Ostexpansion?	Prof. Dr. Anton Latzo, Potsdam, Historiker
Die Lage nach den Krimereignissen: Untergang der monopolaren Welt?	Prof. Dr. Viktor Ivanovich Kamyschanov, Moskau, Präsident der Föderation für Frieden und Verständigung der Russischen Föderation, Dozent der Akademie (RAHX und ÖV) beim Präsidenten der RF
Wird die NATO einen Krieg gegen Russland wagen?	Karl-Heinz Wendt, Berlin, Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde
Russlandfeldzug – imperialistische Kontinuitäten	Dr. Hans-Günter Szalkiewicz, Berlin, Beiratsmitglied beim Vorstand des DFV
Feindbild-Produktion: Russland und Putin in den westlichen Medien	Dr. Sabine Schiffer, Berlin/Erlangen, Leiterin des Instituts für Medienverantwortung und Beiratsmitglied des DFV
Russland – „imperialistisches Land" oder Widerpart des Imperialismus?	Klaus Hartmann, Offenbach a. Main, Bundesvorsitzender des DFV
Anhang: Dokumente zum Thema, Putinreden	

Freidenker
Deutscher Freidenker-Verband
www.freidenker.de · Deutscher Freidenker-Verband · Schillstraße 7, 63067 Offenbach

BERND VON JUTRCZENKA/DPA/BILDFUNK

Abriss von Hütten in der Cuvry-Brache in Berlin-Kreuzberg im September 2014. Aussteiger, Flüchtlinge und Roma-Familien mussten das Feld räumen

Lohnendes Geschäft

Für Eigentümer rechnen sich Zwangsräumungen trotz hoher Kosten. Wegen fehlender offizieller Statistiken lässt sich die Zahl der betroffenen Mieter nur auf Umwegen schätzen. **Von Claudia Wrobel**

Es sind die verhinderten Zwangsräumungen der vergangenen Monate, die ein Schlaglicht auf ein Problem geworfen haben. Anfang Dezember hat die Erwerbsloseninitiative Basta in Berlin-Wedding einer Betroffenen helfen können, den Rauswurf aus der Wohnung zu verhindern. Die Gruppe hatte die Frau in den Auseinandersetzungen mit dem Jobcenter unterstützt. Dieses hatte die Leistungen gekürzt, wodurch es zu einem Zahlungsverzug beim Vermieter gekommen war. Unvergessen sind auch die zahlreichen Blockaden in den zurückliegenden Monaten in den verschiedenen Bezirken der Hauptstadt, wenn Gerichtsvollzieher sich angekündigt hatten. Diese Aktionen waren nicht immer erfolgreich, zumindest nicht in dem Sinne, dass Familien in der angestammten Wohnung bleiben konnten. Aber sie haben dafür gesorgt, dass eine einschneidende Repressionsmaßnahme, die bisher in der Hauptstadt vor allem im Verborgenen durchgeführt wurde, von der Öffentlichkeit registriert wird. Im Zuge steigender Mieten im Innenstadtbereich hat sich auch gegen diese Art der Verdrängung Widerstand gebildet. Das Bündnis »Zwangsräumung verhindern« wird mittlerweile als ernstzunehmender politischer Akteur wahrgenommen.

Dabei ist es schwierig zu sagen, wie viele Personen wirklich betroffen sind, denn es gibt keine offiziellen Statistiken. Man kann lediglich über Näherungswerte versuchen, das Ausmaß zu begreifen. Der Stadtsoziologe Andrej Holm erläuterte Mitte Dezember, dass die Berliner Gerichte zwischen 2007 und 2013 jährlich rund 9.000 Mitteilungen über Räumungsklagen an die Bezirksämter gesandt haben. Das machen sie in den Fällen, in denen die Kammern als Resultat des Verfahrens die Wohnungslosigkeit der bisherigen Mieter befürchten. Konkret bedeutet dies in Berlin, wenn die Klage aufgrund von Mietschulden verhandelt werden musste. Es gibt allerdings auch noch weitere Begründungen für Vermieter, Räumungsklagen anzustrengen, und es ist unklar, wie vielen insgesamt stattgegeben wurde. Trotzdem geht er davon aus, dass etwa fünf Prozent der Umzüge innerhalb Berlins Folge einer Zwangsräumung oder deren Androhung sind. Insofern handelt es sich um eine relevante Größe in der Stadtentwicklung. Trotzdem ist die Datenlage dürftig. Bis heute gibt es keine wissenschaftliche Publikation, die sich damit auseinandersetzt. Das will der Soziologe an der Berliner Humboldt-Universität ändern und arbeitet momentan zusammen mit Laura Berner an einer entsprechenden Abhandlung. Voraussichtlich im Frühjahr soll die Studie veröffentlicht werden.

Die Forschungslücke überrascht, wenn man sich vor Augen führt, dass es beim Phänomen Zwangsräumungen nicht nur um persönliche Schicksale geht, sondern um viel Geld. Vermieter wollen unliebsame Mieter oftmals nicht nur aus der Wohnung schmeißen, weil unter Umständen ein Zahlungsrückstand aufgelaufen ist. Die Kosten für Wohnraum sind in der Hauptstadt in den vergangenen Jahren stark angestiegen. Insofern lohnt sich eine Neuvermietung für Investoren selbst wenn sie hohe Kosten für eine Klage einkalkulieren müssen. Die Luxusmodernisierung und möglichst teure Neuvermietung darf in den meisten Fällen als Ziel der Zwangsmaßnahme angesehen werden.

So ist auch die Wohnung einer Familie aus Berlin-Kreuzberg, die im März geräumt wurde, mittlerweile ein lohnendes Objekt für den Vermieter, der nun den doppelten Preis verlangt. Die Zwangsmaßnahme konnte damals wegen einer Blockade von Nachbarn und Unterstützern nur mit einem starken Polizeiaufgebot durchgesetzt werden. Die Mieter haben sich außerdem juristisch gegen die Kündigung und folgende Zwangsräumung zur Wehr gesetzt. Das Verfahren ging erst im Dezember zu Ende, als also schon Fakten geschaffen waren und die Familie mit zwei kleinen Kindern aus der angestammten Umgebung vertrieben war. Sie hat zwar Recht bekommen, doch das nützt ihr momentan gar nichts. Wenn die Wohnung wieder vermietet ist, haben zu Unrecht vertriebene Mieter schlicht Pech gehabt. Der Vermieter weigert sich sogar, Schadenersatz zu zahlen, und so bleibt die Familie auf den Kosten, die ihr durch den erzwungenen Umzug entstanden sind, sitzen. Dies berichtete das Bündnis »Zwangsräumung verhindern«. Das ist ein Freifahrtschein für Eigentümer, aber geltendes Recht.

Claudia Wrobel ist Redakteurin der *jungen Welt*. Im Ressort Inland schreibt sie regelmäßig über Gewerkschaftsthemen und soziale Bewegungen

Verschlafen wir unsere Zukunft?

Deutschland ist im Tiefschlaf, denn es hat das Schlafmittel Merkel genommen. Die Kanzlerin lullt uns ein mit dem Märchen, es könnte alles so bleiben wie es ist, wenn wir nur weitermachen wie bisher. Und kaum jemand widerspricht, vor allem, seit SPD und Grüne um die Rolle als Merkels Juniorpartner konkurrieren. Das heißt aber auch, Opposition muss jetzt mitten aus der Gesellschaft kommen, von uns Bürgerinnen und Bürgern. Denn eines ist klar: Wenn nicht wir die Welt verändern, wird sie uns verändern – mehr, als uns lieb sein kann. Und dann droht auch unsere sogenannte „Insel des Wohlstands" unterzugehen.

„**Eine beißende Kritik am gesamten Berliner Politikbetrieb**"
Aachener Zeitung

„**Eine Abrechung mit der großen Koalition**"
neues deutschland

Stephan Hebel, politischer Autor, Leitartikler und Kommentator, rechnet ab mit der großen Koalition und fordert ein Ende der „Politik des Stillstands". Er schreibt für *Freitag*, die *Frankfurter Rundschau* sowie für *Deutschlandradio*, *Publik Forum* und weitere Medien. Er ist zudem regelmäßiger Gast im „Presseclub" der ARD und ständiges Mitglied in der Jury für das „Unwort des Jahres".

Stephan Hebel
Deutschland im Tiefschlaf
Wie wir unsere Zukunft verspielen
ISBN 978-3-86489-067-3

ebook
Auch als eBook erhältlich.
WWW.WESTENDVERLAG.DE

WESTEND

Hauptstadt der Verdrängung

Reiches München, armes München: »Bionade-Bourgeoisie« dringt in jeden Winkel früherer Arbeiterviertel vor, Genossenschaftswohnungen sind in Gefahr. **Von Reinhard Jellen**

Reinhard Jellen studierte Philosophie, Neue deutsche Literatur und Soziologie in München, wo er heute als freier Journalist und Northern Soul-DJ tätig ist

PETER KNEFFEL/DPA

Nicht untypisches Wohnungsgesuch in München (aufgenommen bereits im Januar 2012)

Mit Künstlern, Studenten und ausgehfreudigem Jungvolk fängt es immer an: Die Bohéme entdeckt ein kostengünstiges, überwiegend von Migranten und Arbeitern bewohntes Viertel, wertet es kulturell auf, hippe Clubs und schicke Cafés entstehen – die Gegend boomt. Dann ziehen die Wohlhabenden nach, und in Windeseile steigen die Mieten, explodiert der Markt für Eigentumswohnungen und Luxussanierungen, bis der Bezirk in eine öde Latte-Macchiato-Wohlstandswüste verwandelt ist und hauptsächlich von Giovanni-di-Lorenzo- und Renate Künast-Klonen mitsamt ihres plärrenden Anhangs bewohnt wird. Dafür werden Normal- und Geringverdiener aus der Innenstadt gedrängt. Soziologen und Politikwissenschaftler haben diesen Prozess »Gentrifizierung« genannt.

»Gentry« steht im Englischen für ein Milieu des gehobenen Bürgertums und des niederen Adels. Für die Verdrängung durch die moderne Variante dieser Schicht scheint niemand verantwortlich zu sein, weil sich die Dynamik anhand von Angebot und Nachfrage vollzieht. Tatsächlich ist sie aber keineswegs spontan und zufällig. Eine Reihe politischer Maßnahmen und Unterlassungen sind nötig, damit der neoliberale Spaß überhaupt in Schwung kommt. Vor und mit der Liberalisierung des Wohnungsmarkts spielen die wirtschaftliche Lage, Veränderungen auf dem Kredit- und Arbeitsmarkt, die lokale Wohnungssituation und die Stadtentwicklungspolitik eine Rolle.

In München hat die Gentrifizierung bereits in den 1970er und 80er Jahren in Schwabing, im Lehel – trefflich dargestellt in der Helmut-Dietl-Serie »Münchner G'schichten« – und in Haidhausen begonnen. Sie setzte sich in den Nuller Jahren im Glockenbachviertel fort, wo seit dem Beginn der Schuldenkrise 2008 der Preisanstieg bei Wohnungen absurde Dimensionen angenommen hat. Momentan werden die früheren Arbeiterviertel Au, Untergiesing und Westend von der Bionade-Bourgeoisie besetzt und sozial wie kulturell glattgebügelt. Rar sind dort mittlerweile die »Boazn«, also kleinere, eher schlecht besuchte Gaststätten und Stehausschänke, wo der über vierzigjährige Münchner traditionell zu Wienern und Sauerkraut sein Bier trinkt. Ersetzt wurden sie durch Etablissements wie das »Charlie« in der Schyrenstraße, wo sich nun »Rau Muong Xao Tofu« für 13,50 Euro speisen lässt. Architektur- und Grafikdesignbüros sprießen dort, wo einst Schneidereien, Metzgerläden und Wettbüros waren.

In München hat die Politik – auch wenn sie im Sozialwohnungsbau vergleichsweise viel tut – zu spät und lasch auf diese Entwicklung reagiert, weil sie trotz aller Beteuerungen gegenteilige Interessen hat. Nicht ganz ungrößenwahnsinnig will die Stadt mit Metropolen wie London und Paris mithalten und ein entsprechend internationales und reiches Milieu anziehen. Der durch unterlassene Sanierungen verursachte Verfall öffentlicher Gebäude, deren Grundstücke dann an private Investoren verhökert und eben nicht an Genossenschaften abgegeben werden, spricht hier eine deutliche Sprache. Das Kommunalreferat lässt Häuser, die sich in der Hand der Immobilienverwaltung der Stadt München befinden, vergammeln und verscherbelt sie dann, wie an der Müllerstraße geschehen, an Luxussanierer. Hier ist auf dem ehemaligen Gelände der Stadtwerke das Luxus-Immobilienprojekt »The Seven« entstanden, wobei es sich bei Preisen von 6.000 bis 20.000 Euro pro Quadratmeter um die teuersten Eigentumswohnungen Münchens handelt.

Diese Entwicklung schlägt sich in der ganzen Stadt nieder: Seit 2004 sind die Preise für bestehende Eigentumswohnungen um 94 Prozent, bei Neubau um 98 Prozent und die Mieten insgesamt um 27 Prozent gestiegen. Unter den größten vierzehn Städten Deutschlands ist München mit Abstand die teuerste. Obwohl die Berliner Mieten im selben Zeitraum mit 45 Prozent noch stärker zugenommen haben. Eine Ende des Booms ist nicht in Sicht. Die Nachfrage nach Wohnraum in München wird nach einer Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft in den nächsten Jahren um 13,5 Prozent wachsen. Auch der Bund will von diesem Immobilien- und Mietpreiskuchen ein Stück abhaben: Ihm gehören Grundstücke in den Bezirken Freimann, Laim, Neuhausen und Pasing, auf denen sich 20.000 Genossenschaftswohnungen befinden. Der Bund will nun die Grundstücke, die den Genossenschaften im sogenannten Erbbaurecht überlassen wurden, zu Höchstpreisen verkaufen. Mit privaten Investoren werden die Genossenschaften nur schwer mithalten können. Folglich müssen sie entweder aufgeben oder die Mieten drastisch erhöhen.

Bereits 2013 veräußerte die Bayerische Landesbank für 2,5 Milliarden Euro 32.000 Wohnungen ihres eigenen Immobilien-Unternehmens GWB an die Patricia AG. Es folgten Mieterhöhungen von bis zu 20 Prozent. Wer das nicht einsieht, darf seine Mietwohnung kaufen: Für 4.000 Euro pro Quadratmeter.

Gegen diese Entwicklung formieren sich in der Stadt immer wieder Ansätze von Widerstand, wie etwa die Satireplattform »Goldgrund« oder die »Aktionsgruppe Untergiesing«, die rund 50 Mitglieder zählt, von denen viele relativ neue Stadtviertelbewohner sind, die gemerkt haben, dass ihre Umgebung »kippt«. Sie versuchen, sich durch Pressearbeit und Flugblattaktionen Gehör zu verschaffen, gehen in Bezirksausschüsse, stellen Anträge, sprechen Politiker direkt an und freuen sich über jedes neue Mitglied.

ANZEIGEN

Siegfried Burmester
Vom Kommunismus zum Kommunismus

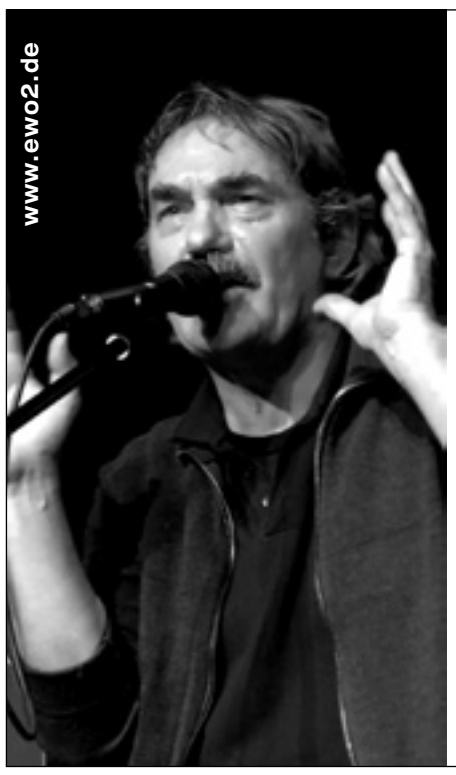
Vom Kommunismus zum Kommunismus. Eine andere Menschheitsgeschichte
244 Seiten, ISBN 978-3-7357-9834-3, Books on Demand,
Taschenbuch 19,90 €,
Gewöhnlich versandfertig in zwei bis vier Wochen.

Kindle Edition 9,99 €
Jetzt als Download verfügbar.

Siegfried Burmester schreibt seine Geschichte der Menscheit gegen den herrschenden Zeitgeist. Er will die Erkenntnisse der marxistischen Geschichtsdeutung, die ihn selbst sehr bewegten, in die Zeit nach der Wende hinüber retten und der Generation seiner Enkellinnen anvertrauen.

Das breit angelegte Panorama der Ereignisse vom Urknall bis heute lässt die Dynamik der natürlichen wie auch gesellschaftlichen Triebkräfte der Menschheitsentwicklung deutlich hervortreten.

Dem Autor geht es stets auch um eine Bewertung des Fortschritts: Dazu gehört der Zorn auf Unterdrücker und Nutznießer ebenso wie die konsequente Parteinahme für die werteschaffenden, allzu häufig aber unterdrückten und gedemütigten Klassen.



Bernd Köhler bei JumpUp

avantipopolo 2
Electronic music trifft Hanns Eisler – neben Eigenkompositionen gibt es Klassiker wie La Lega, Bella Ciao oder das Solidaritätslied von Brecht/Eisler.

Die, mit **dem PREIS DER DEUTSCHEN SCHALLPLATTEN-KRITIK** ausgezeichnete Produktion von Bernd Köhler und dem kleinen elektronischen weltorchester (ewo2) gibt es auf Schallplatte und auf CD – legendär!

avantipopolo 2
CD mit Booklet, 12,50 Euro + Versand
LP, 11 Euro + Versand

Bestellungen über JumpUp
Postfach 11 04 47, 28207 Bremen
E-Mail: info@jumpup.de
Tel. 0421-498 8535
www.jump-up.de

JUMP UP PRODUCTIONS

CHRISTIAN-DITSCH.DE

Protest gegen den Ausbau der Berliner Stadtautobahn A 100: Am 8. Mai 2013 wurde mit dem ersten Spatenstich der Bau des 16. Abschnitts quer durch Neukölln und Treptow begonnen

Wahnsinn A 100

Kein schlechter Witz, nur ein Megaprojekt Berlins: Der Weiterbau der Stadtautobahn führt im dichtbesiedelten Zentrum zum Verkehrsinfarkt. Wohnhäuser, Bäume und Menschen müssen weichen. **Von Michael Merz**

Michael Merz ist Redakteur der *jungen Welt*, fährt Motorrad – aber nicht auf der Autobahn.

Ein sechsspuriger Asphaltwurm schlängelt sich durch den Westen Berlins. Die Stadtautobahn A 100. Relikt einer Zeit, in der Individualverkehr im eigenen Fahrzeug noch als Fortschritt galt. Autofahrer, die heute am Dreieck Funkturm oder in Schöneberg im alltäglichen Stau stehen, blikken mitleidig auf die Wohnhäuser neben der Leitplanke. Hier leben? Nein, danke. Die A 100 – Bausünde des vergangenen Jahrhunderts? Nein, seit Mitte der 90er Jahre frisst sich die Trasse immer weiter. Jetzt kommt sie im Ostteil der Stadt an.

Berliner CDU- wie SPD-Politiker und die mit ihnen verbandelten Baulöwen haben zwar schon genug überteuerte und sinnlose Projekte verzapft. Doch Kanzler-U-Bahn, Stadtschloss oder Hauptstadtflughafen sind nicht genug – es geht immer noch wahnwitziger: Berlin, das kleine Los Angeles. Ein sechsspuriger Highway muss her, gefälligst in der gesamten Stadt. Koste es, was es wolle – den größten Brocken zahlt eh der Bund. Wohngebiete und Freiflächen liegen auf der Opferschale, der Verkehr kann jetzt nur noch dicker werden. Wer braucht eigentlich die A 100? Die »Gewerbegebiete im Osten«, meint der ehemalige Stadtentwicklungssenator und neue Regierende Bürgermeister, Michael Müller. Da, wo die A 100 hinführen soll, gibt es allerdings keine. Und die Handvoll Einkaufszentren kommt auch ohne klar. Während also alle Welt über alternative Mobilität in Ballungsräumen nachdenkt und der Klimawandel die Menschheit bedroht, wird im Herzen Berlins eine neue Autobahn gebaut. Irgendwann sind die Großprojekte der Hauptstadt selbst für einen schlechten Witz zu absurd.

Benjamin S. ist nicht zum Lachen zumute. Er schaut gedankenverloren aus seinem Wohnzimmerfenster an diesem eiskalten Dienstag Anfang Dezember. Ein paar Stockwerke tiefer brüsten sich Baumfäller mit ihren Muckis. Sie verarbeiten einen uralten Obstbaum nach dem anderen zu Kleinholz. Eine Gartenanlage wird hier in Berlin-Treptow gerade für die Autobahn plattgemacht. Noch am Tag zuvor hatten Anwohner, Pächter und Umweltschützer die Laubenkolonie besetzt. Am Abend räumte die Polizei, jetzt ist von der Anlage schon fast nichts mehr übrig. Wenn Berlin Tatsachen schaffen will, geht das sehr schnell. »Heute ist mir richtig mulmig geworden«, gesteht Benjamin. »Bis gestern dachte ich, die bluffen, aber schon morgens um sieben wurden die Scheiben der Bungalows eingeschlagen, es heulten die Motorsägen.« Die Verantwortlichen säßen einfach hinter ihrem Schreibtisch und zündeten die nächste Stufe, so käme es ihm vor. »Diese SPD ist ein Alptraum.«

Bereits vor einem Jahr hat der Künstler und Musiker die Kündigung für seine Wohnung erhalten. Wie andere Mieter in seinem und dem Nachbarhaus wehrte er sich. Jetzt steht ein sogenanntes Besitzeinweisungsverfahren an, eine Art von »beschleunigter Enteignung«. Denn zwei große Mietshäuser in der kleinen Beermannstraße sollen das Schicksal der Gartenanlage teilen und Platz für den Bau der Autobahnauffahrt machen. Etwa 150 Menschen waren von der Zwangsmaßnahme betroffen, noch sieben Mietparteien, unter ihnen Familien mit Kindern, harren aus. Auch Benjamin will seine günstige Wohnung nicht aufgeben. »Ich brauche wenig Geld zum Leben, und in das Sanktionssystem Hartz IV will ich nicht rein rutschen«, sagt er. Bis jetzt hat er einen gültigen Vertrag für die Wohnung, zahlt regelmäßig Miete. Alle Ersatzwohnungen, die Benjamin vom Senat bisher angeboten wurden, seien einfach zu teuer. Jetzt hat er keine Ahnung, wie es weitergehen soll. »Letzten Endes bin ich auch nur so ein Baum, der im Weg steht«, sagt er und schaut weiter aus dem Fenster.

»Schäbig« findet es Harald Moritz, wie der Senat hier mit den Menschen umgeht. »Das ist nun mal die sozialdemokratische Mieterpolitik.« Moritz steht der A 100 schon seit fast einem Vierteljahrhundert im Weg. Obwohl die Piste immer weiter ausgedehnt wird, wirkt der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus erstaunlich gut gelaunt an diesem deprimierenden Tag in der Beermannstraße. Er kennt die ganze Litanei aus Mauscheleien, Beschönigungen und Klüngeleien, denen sich die Berliner Regierungskonstellationen hingeben. Immer schafften es die A-100-Befürworter, die Autobahn Abschnitt für Abschnitt voranzutreiben. Trotzdem will er weiter »politischen Druck aufbauen, um auf diese falsche Politik aufmerksam zu machen«.

2009 scheiterte eine Koalition der Grünen mit der SPD vornehmlich an der A 100. Auch Sozialdemokraten hatten Vorbehalte, bis der damalige Regierende, Klaus Wowereit, seinen Posten mit dem Weiterbau verknüpfte und die Zweifler einknickten. Mit breitem Grinsen rammte sein jetziger Nachfolger Michael Müller im Mai 2013 dann einen Spaten in den Boden: Der Bauabschnitt 16, der nun in Treptow Mieter und Kleingärtner vertreibt, startete. Fast 500 Millionen Euro Kosten sind für drei Kilometer veranschlagt. 60.000 Autos sollen die Anschlußstelle jeden Tag passieren. Auf der schon jetzt staugeplagten Elsenstraße zwischen Puschkinallee und Treptower Park rechnet Harald Moritz mit einer Verdopplung des Verkehrsaufkommens. Er habe vor einiger Zeit eine Computersimulation gesehen, die der Senat in Auftrag gab. Darin bewegten sich die Autos mit »intelligenter Ampelschaltung« problemlos fort. »Im Trickfilm lief alles wunderbar«, erzählt Moritz mit süffisantem Lächeln.

Der 16. Abschnitt der A 100 soll 2022 eröffnet werden. Unzählige Baustellen werden bis dahin für Staus sorgen, die fertige Autobahn wird die Blechlawine weiter verdichten. Der Verkehrsinfarkt in Treptow und Friedrichshain auf der anderen Spreeseite ist programmiert. Mehr Straßen bringen eben mehr Verkehr. Selbst der Senat kann das mittlerweile nicht mehr abstreiten. Der Nachfolger Müllers als Stadtentwicklungssenator, Andreas Geisel, erklärte im November der *Berliner Morgenpost*: »Am Ende des 16. Bauabschnitts, an der Elsenbrücke, werden wir ein Verkehrsproblem bekommen«. Seine Lösung: Weiterbauen. Sein Traum: Die A 100 bis nach Pankow, weit in den Nordosten der Stadt. Schon ist der 17. Bauabschnitt in Planung. Am selben Tag, als die Gärten in der Beermannstraße dran glauben mussten, wurde er von SPD und CDU im Abgeordnetenhaus beantragt. Die Autobahn wollen die Koalitionäre dann bis zur Frankfurter Allee in Friedrichshain führen.

»Das wird nochmal 'ne Milliarde kosten«, ist sich Harald Moritz sicher. Bisher ist von der Hälfte die Rede, allerdings stehen einige ingenieurtechnische Meisterleistungen an: Die Spree soll überquert werden, ein Tunnel unterm S-Bahn-Knoten Ostkreuz muss her, wo dieser endet, weiß keiner zu sagen.

Während die Müllers und Geisels dieser Stadt in Sonntagsreden über die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum fabulieren, wird im Hinterzimmer über die Autobahn gebrütet. Im Wahlkampf um den Posten des Stadtoberhauptes sparte Müller das Thema A 100 gekonnt aus. Kaum kommt er ins Amt, wird die Drecksarbeit erledigt. Es dauerte wenige Stunden, da bejubelten schon die Unternehmerverbände Berlin-Brandenburg den SPD/CDU-Antrag per Pressemitteilung, denn nur so komme »die volle Entlastungswirkung des im Bau befindlichen 16. Abschnitts zum Tragen«. Der Wahnsinn geht weiter, und sollte die A 100 irgendwann einmal fertig sein, ist kein Müller und kein Geisel mehr im Amt.

Für den Autobahnexzess gibt es kein Stoppschild. Noch viele Wohnhäuser werden abgerissen, Mieter vertrieben und Bäume aus dem Weg geräumt. »Nun ist es soweit«, sagt eine in der Beermannstraße vorbeikommende Frau zu Harald Moritz und zeigt auf die Laster, welche gerade die Reste der Gartenanlage abtransportieren. Der Grüne lässt sich keine Resignation anmerken. Er fühle sich manchmal wie der Rufer in der Wüste, aber »Widerstand gegen diese Autobahn muss einfach sein«.

GRAFIK: FREEIMAGES.COM/IV

stadtentwicklung erscheint als Spezial der Tageszeitung *junge Welt* im Verlag 8. Mai GmbH. Redaktion: Claudia Wangerin, Michael Merz (V. i. S. d. P.), Anzeigen: Silke Schubert, Gestaltung: Dirk Braunheim